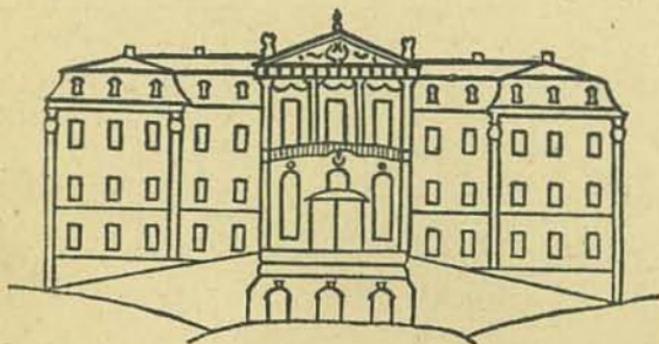


Hefte aus Burgscheidungen

Dr. Harald-Dietrich Kühne

Atomare Aufrüstung und Lebenslage

Zu den ökonomischen Auswirkungen
des Klerikal-Militarismus in Westdeutschland



48

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- *1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- *3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- *4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- *5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 9 Der Primas der Russischen Kirche — Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- 13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbstaatlichen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- *14 Günter Wirth/Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung —
- 16 Prof. D. Dr. Johannes Leipoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie

Hefte aus Burgscheidungen

Dr. Harald-Dietrich Kühne

Atomare Aufrüstung und Lebenslage

Zu den ökonomischen Auswirkungen des Klerikal-Militarismus
in Westdeutschland

1960

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Inhaltsverzeichnis

Die ökonomischen Aspekte des Klerikal-Militarismus . . .	5
Die Kosten für die Vorbereitung eines atomaren Blitzkrieges	9
Die Beziehungen zwischen Rüstungsfinanzierung und Lebensstandard	16
Drückende Steuerlasten — Folge atomarer Aufrüstung . . .	20
Senkung der Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke	22
Wachsende Staatsverschuldung mit inflationistischen Auswirkungen	24
Rüstungspolitische Aspekte der Gold- und Devisenbestände	27
Steigende Lebenshaltungskosten — sinkende Kaufkraft . .	29
Der Ausweg	34
Quellennachweis	36

Die ökonomischen Aspekte des Klerikal-Militarismus

Das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben im westdeutschen Obrigkeitsstaat steht im Zeichen der Herrschaft der klerikal-militaristischen Kreise. Der Klerikal-Militarismus breitete sich in dem Maße aus, wie die atomare Bewaffnung der westdeutschen Armee forciert wurde und das Monopolkapital in seinen Expansionsbestrebungen versuchte, die im zweiten Weltkrieg verlorengegangenen Positionen zurückzugewinnen und darüber hinaus neue Rohstoffgebiete und Absatzmärkte zu erobern. Das war und ist mit zahlreichen Auswirkungen auf die Lebenslage der Bevölkerung verbunden. Die Analyse des Zusammenhanges zwischen politischem Klerikalismus, atomarer Aufrüstung und Lebensstandard ist das Ziel dieser Schrift. Die aktuelle Bedeutung dieses Problemkreises ist unter drei Gesichtspunkten gegeben:

1. Die Grundkonzeption für die Lösung der nationalen Frage in Deutschland ist im Deutschlandplan des Volkes niedergelegt. In der „Dritten Alternative“ dieses historisch bedeutenden Dokuments – dem einzig realen und möglichen Ausweg aus der jetzigen Situation – wird die Ausschaltung des westdeutschen Militarismus und die Verständigung der deutschen Arbeiter auf der Grundlage eines nationalen Kompromisses, der für alle Klassen und Schichten – ausgenommen die unbelehrbaren Militaristen und Revanchisten – annehmbar ist, gefordert. Damit würde die Lebenslage der westdeutschen Bevölkerung bedeutend verbessert werden: „Die Beseitigung der enormen Rüstungslasten in Westdeutschland und die rapide wachsenden Möglichkeiten des gewaltigen sozialistischen Weltmarktes würden der westdeutschen Industrie auf lange Zeit Vollbeschäftigung und damit den Arbeitern den Arbeitsplatz sichern und sie in entscheidendem Maße vor den unausweichlichen Konjunkturschwankungen des kapitalistischen Weltmarktes abschirmen.“¹⁾ Die Aufdeckung der oftmals verborgenen und verschlungenen Beziehungen zwischen atomarer Bewaffnung und Lebenshaltung trägt dazu bei, den Deutschlandplan des Volkes allen Teilen der Bevölkerung zu erläutern und ihn zu verwirklichen.

2. Das politische und wirtschaftliche Entwicklungsprogramm der Deutschen Demokratischen Republik wird durch die im

¹⁾ Aus dem offenen Brief des ZK der SED an die Arbeiterschaft Westdeutschlands vom 17. April 1960

Siebenjahrplan festgelegten Ziele bestimmt, die u. a. eine beträchtliche Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung vorsehen. Die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe der DDR stellt eine wichtige Etappe auf diesem Wege dar. So ist die Gegenüberstellung der Auswirkungen der Friedenspolitik der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR und der Atombewehrungspolitik des klerikal-militaristischen Regimes in Westdeutschland auf den Lebensstandard in beiden deutschen Staaten geeignet, die Überlegenheit des sozialistischen, auf der bewußten Anwendung der ökonomischen Gesetze beruhenden Wirtschaftssystems und die Siegesgewißheit des Sozialismus deutlich vor Augen zu führen.

3. Der 10. Parteitag der CDU in Erfurt unterstrich die auf der Magdeburger Tagung des Hauptvorstandes im März 1960 vorgekommene Analyse des Klerikal-Militarismus und die sich daraus ergebenden Aufgaben in der politisch-ideologischen Auseinandersetzung. Dazu erklärte August Bach: „Wenn es nur gelingt, diesen reaktionären Kräften im Bonner Staat vor aller Öffentlichkeit die Tarnkappe ihrer angeblichen Christlichkeit vom Gesicht zu reißen, dann wäre das schon ein erster Schritt zur Bändigung des westdeutschen Militarismus.“²⁾ Neben dem Nachweis des Mißbrauchs unvergänglicher christlicher Werte durch den Klerikal-Militarismus und der Hervorhebung der Tatsache, daß es hierbei auf gar keinen Fall um einen „Kampf“ gegen das Christentum und die Kirchen geht, ist es in diesem Zusammenhang jedoch notwendig, die Wirksamkeit des Klerikal-Militarismus allseitig zu untersuchen und dementsprechend auch seine ökonomischen Aspekte zu beachten. Das wird auf der einen Seite die Auseinandersetzung mit dem Klerikal-Militarismus umfassender, aber auch konkreter gestalten, auf der anderen Seite der Einheit von Politik und Ökonomie Rechnung tragen.

*

Der politische Klerikalismus wird in der Periode des Imperialismus zu einer allgemeinen Erscheinung. Sein Wesen ist dahingehend zu definieren, daß er „eine Ideologie und ein Programm der Klerikalisierung des gesellschaftlichen Lebens ist. Durch den politischen Klerikalismus wird der Prozeß der Klerikalisierung in den Dienst übergeordneter politischer Mächte gestellt und dem Erreichen übergeordneter politischer Ziele untergeordnet.“³⁾ Charakteristisch für die gegenwärtige Periode seiner Wirksamkeit in Westdeutschland ist, daß er sich zur Durchsetzung seines Herrschaftsanspruchs auf die reaktionärsten Kräfte, so des Antikommunismus, Militarismus und Revanchismus, stützt; er wird zum Klerikal-Militarismus. Deshalb weist an einigen Stellen

²⁾ 10. Parteitag der CDU in Erfurt, 1960, Bulletin Nr. 2, S. 12

³⁾ G. Götting vor dem Hauptvorstand der CDU am 21. März 1960, „Neue Zeit“ vom 23. März 1960, S. 3

dieser Klerikal-Militarismus Tendenzen des Klerikal-Faschismus auf. Seine Zielsetzung ist nach außen die Unterstützung der forcierten atomaren Ausrüstung und der Vorbereitung eines Blitzkrieges gegen die DDR, nach innen die Liquidierung jeglichen Widerstandes der verständigungsbereiten Kräfte gegen die Gefahren des Atomkrieges unter Abbau der bürgerlich-demokratischen Rechte sowie der von der Arbeiterklasse in langwierigen Kämpfen erreichten sozialen Erleichterungen. Beide Faktoren bedingen einander. Gerald Götting charakterisierte diesen Zusammenhang wie folgt: „Im Dienste der Monopolbourgeoisie und der Großgrundbesitzer hat der politische Klerikalismus... im Westzonenstaat gegenwärtig solche Normen entwickelt, die sowohl das Maximalziel des politischen Klerikalismus als auch die Interessen des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes beinhalten und zusammenfassen. ... Damit hat also der politische Klerikalismus in Westdeutschland das erreicht, was dem politischen Katholizismus in den zwanziger Jahren nicht gelungen war, die Herrschaft in einem industriell hochentwickelten und militärisch stark gerüsteten Staat.“⁴⁾

Aus dem Wesen des Klerikal-Militarismus, besonders unter den Bedingungen in Westdeutschland, ergeben sich auch seine ökonomischen Aspekte.

Zunächst beruhen das Vordringen des politischen Klerikalismus, die verstärkten Erscheinungen des Militarismus und die Vereinigung zum Klerikal-Militarismus auf Faktoren, die auch in der Ökonomie des modernen Kapitalismus zu suchen sind. Der Imperialismus und die allgemeine Krise des Kapitalismus werden durch eine außerordentliche Verschärfung der Widersprüche gekennzeichnet. Das Streben nach höchstmöglichem Profit und die damit verbundene Verschärfung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit, der erbitterte Kampf um Absatzmärkte und Rohstoffquellen, die wachsende Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung der kapitalistischen Staaten und die Verschärfung des Marktproblems, die Krise des Kolonialsystems und die verzweifelten Versuche der ehemaligen „Mutterländer“, ihre Kolonialbesitzungen zu erhalten oder zurückzugewinnen, nicht zuletzt die immer offensichtlicher werdende politische und ökonomische Überlegenheit des sozialistischen Weltsystems treiben den Imperialismus immer wieder auf den Weg der Aggression und des Krieges. Westdeutschland spielt dabei infolge seiner strategischen Lage, des in einigen Schichten noch nicht überwundenen Antikommunismus, der Existenz eines Reservoirs von Militärskadern mit „Osterfahrung“ und seines industriellen Potentials eine besondere Rolle in diesem System. Auf der Grundlage dieser Faktoren wurde der Militarismus zu einer sozialen Erscheinung mit einer relativen Selbständigkeit, die

⁴⁾ a. a. O.

ihre eigene Dialektik der Entwicklung erlangt hat. „Die Armee ist Hauptzweck des Staates, ist Selbstzweck geworden; die Völker sind nur noch dazu da, die Soldaten zu liefern und zu ernähren.“⁵⁾ Es sind die gleichen objektiven ökonomischen Bedingungen, die die modernen atomaren Vernichtungswaffen hervorbringen und die auch die Verbindung des Militarismus mit dem Machtstreben des politischen Klerikalismus fördern; besonders dann, wenn die nationalistischen Phrasen und der Appell an das „sittliche und rechtliche Bewußtsein des Staatsvolkes“ nicht mehr eine Rechtfertigung der Kriegsvorbereitungen zustande bringen. In dieser Phase wird unter Mißbrauch des christlichen Glaubens die „Kreuzzugsideologie“ zur „psychologischen“ Kriegsvorbereitung eingesetzt, wobei man davon ausgeht, daß die Ausnutzung der religiösen Gefühle einen größeren Erfolg als die alleinige Wiederholung alter nationalistischer und chauvinistischer Argumente verspreche.

Auf der anderen Seite üben der Militarismus und der mit ihm verbündete, zur geistigen Rechtfertigung eingesetzte politische Klerikalismus einen tiefgehenden Einfluß auf die Ökonomik aus. Die Wirtschaft der kapitalistischen Länder wird in wachsendem Maße militarisiert. Dabei werden durch die moderne Kriegstechnik oft die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Produktion verwischt (z. B. Kraftfahrzeugbau, Funk- und Fernmeldetechnik, Flugzeugmotoren), was die wahren Verhältnisse verschleiern. Dadurch wird ein hoher Anteil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts direkt und indirekt dem Verbrauch für friedliche Zwecke entzogen; Material, Zeit und Arbeitskräfte werden unproduktiv verschwendet, was sich wertmäßig in dem hohen Anteil der Aufrüstungskosten am Volkseinkommen widerspiegelt. Dabei findet eine Umverteilung des Volkseinkommens in der Weise statt, daß die Rüstungskosten auf die Schultern der breiten Massen der Werktätigen abgewälzt werden, was ihren Lebensstandard empfindlich beeinträchtigt. Es gehört zum System der „psychologischen“ Kriegsvorbereitung, daß diese ökonomischen Prozesse, die auf die Militarisierung der Volkswirtschaften zurückzuführen sind, „geräuschlos“, d. h. möglichst unbemerkt von der Öffentlichkeit vor sich gehen sollen. Rechtfertigung der atomaren Kriegsvorbereitungen mit christlichen Vokabeln, Bagatellisierung der Rüstungskosten und ihre „geräuschlose“ Abwälzung auf die Werktätigen sind nur verschiedene Seiten ein und derselben Sache.

Die Erfahrungen der bisherigen Entwicklung beweisen jedoch, daß auf die Dauer die Hintergründe für die Beeinträchtigung der Lebenslage der Bevölkerung durch den Klerikal-Militarismus den Massen nicht verborgen bleiben. Damit

⁵⁾ Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Berlin 1952, S. 208

werden die ökonomischen Auswirkungen der atomaren Bewaffnung zur unmittelbaren Grundlage eines sich verstärkenden Volkskampfes gegen Krieg und Militarismus, für Frieden und Verständigung. Das hat um so größere Bedeutung, als durch die Existenz des Imperialismus die Kriegsgefahr zwar nicht völlig beseitigt, jedoch durch das sozialistische Lager und die Weltfriedensbewegung Kriege nicht mehr unvermeidbar geworden sind. Die drohende Anwendung der atomaren Vernichtungswaffen läßt riesigen Menschenmassen die Gefahr des Krieges bewußt werden und fördert die Erweiterung der Front der Friedenskämpfer. Die Dialektik des Militarismus besteht in der gegenwärtigen Phase gerade darin, daß die Massenvernichtungswaffen es real möglich machen, „den Militarismus nicht nach dem, sondern bevor er ein neues Verbrechen begeht und den Krieg entfesselt, zu liquidieren.“⁶⁾ Diese These berücksichtigt den engen Zusammenhang zwischen den Auswirkungen der atomaren Aufrüstung auf die Lebenslage der Bevölkerung und dem sich daraus ergebenden Kampf gegen den Klerikal-Militarismus. Schon Friedrich Engels wies auf eine ähnliche Entwicklung hin: „Aber dieser Militarismus trägt auch den Keim seines eigenen Untergangs in sich. Die Konkurrenz der einzelnen Staaten zwingt... jedes Jahr mehr Geld auf Armee, Flotte, Geschütze usw. zu verwenden, also den finanziellen Zusammenbruch mehr und mehr zu beschleunigen...“⁷⁾ Chruschtschow verallgemeinerte die bisherigen politischen und ökonomischen Momente des Kampfes gegen den Imperialismus auf der 5. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR: „Der Imperialismus ruft durch eine Verschärfung der internationalen Lage, durch die Schaffung von allen möglichen Krisen und für den Frieden gefährlichen Erscheinungen den Zorn der Völker hervor und gräbt sich selbst sein Grab.“

Die Kosten für die Vorbereitung eines atomaren Blitzkrieges

Einen wichtigen Anhaltspunkt für die Lasten, die der Bevölkerung Westdeutschlands durch die Vorbereitung eines Blitzkrieges gegen die DDR aufgebürdet werden, bilden die Ausgaben des westdeutschen Bundeshaushalts für die atomare Aufrüstung. Sie spiegeln das Tempo der Aufrüstung genauso wider wie die Bestrebungen zur Verschleierung der Rüstungskosten in der Öffentlichkeit und zu ihrer Bagatellisierung.

Die direkten Rüstungsausgaben des Bonner Staatshaushalts (Ausgaben für die Bundeswehr, Stationierungskosten,

⁶⁾ Arbatow, Dialektik des Militarismus, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 6/60, S. 11

⁷⁾ Engels, a. a. O.

Besatzungs- und Besatzungsfolgekosten, soweit sie in den Einzelplänen 14 und 35 des Bundeshaushaltsplans erfaßt sind) sind seit 1950 im Ansteigen begriffen:

Haushaltsjahr	1950/51	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56
Ausgaben für militärische Zwecke in Millionen DM	4645	7915	7892	7385	8049	6105
in Prozenten der Gesamtausgaben	32	37	35	31	33	24

Haushaltsjahr	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960	1961
Ausgaben für militärische Zwecke in Millionen DM	7329	7547	8700	9771	10720	11750 (Plan)
in Prozenten der Gesamtausgaben	24	22	26	26	26	

Quelle: Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts Berlin, Nr. 19/59, S. 21, sowie Pressemeldungen

Die Entwicklung der Haushaltsausgaben für militärische Zwecke und ihr unterschiedlicher Anteil an den Gesamtausgaben in den einzelnen Jahren lassen deutlich zwei Einschnitte, nämlich 1955 und 1958, erkennen, die im engsten Zusammenhang mit den Etappen der Remilitarisierung und atomaren Aufrüstung in Westdeutschland stehen.

Die erste Etappe erstreckt sich von der bedingungslosen Kapitulation der Hitler-Wehrmacht bis zur Unterzeichnung des EVG-Vertrages im Jahre 1952. Auf der Grundlage des seit 1947 immer offensichtlicher werdenden Bündnisses des USA-Monopolkapitals mit dem deutschen Imperialismus und der Schaffung des westdeutschen Separatstaates wurden in den Jahren 1950 bis 1952 die juristischen Formen ausgearbeitet, in denen der sogenannte „deutsche Beitrag zur Verteidigung der freiheitlichen Welt“ vollzogen werden sollte. Die sich daran anschließende zweite Etappe reichte bis zum Eintritt Westdeutschlands in die NATO und in die „Westeuropäische Union“. Nach dem Scheitern der EVG wurden 1954 die Pariser Verträge unterzeichnet, die den Wiederaufbau der westdeutschen Armee legalisierten. Im Mai 1955, als sich der Tag der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschlands zum 10. Male jährte, wurde die westdeutsche Flagge neben den Flaggen der USA, Großbritanniens und Frankreichs im Pariser Hauptquartier der NATO gehißt.

In diesen beiden Etappen nahmen die Besatzungskosten den Hauptanteil an den militärischen Ausgaben Westdeutschlands ein. In der nun folgenden Periode veränderte sich die-

ses Verhältnis in immer stärkerem Maße zugunsten der westdeutschen Streitkräfte, während die als „Stationierungskosten“ bezeichneten Besatzungskosten von 6 Milliarden DM (1955) auf 0,7 Milliarden DM (1960) zurückgingen.

Damit begann die dritte Etappe, in der auf der Grundlage der Pariser Verträge mit der Schaffung westdeutscher Streitkräfte praktisch begonnen wurde. Es sollten 12 mit herkömmlichen Waffen ausgerüstete Divisionen aufgestellt und der NATO untergeordnet werden. Das vorgesehene Programm verzögerte sich jedoch; bis zum Ende des Jahres 1958 waren 7 Heeresdivisionen, 12 Marinegeschwader und 3 Luftwaffengeschwader in einer Stärke von rund 200 000 Mann einsatzbereit. Die Ursachen für die Verzögerungen im geplanten Tempo beruhten einmal auf der beabsichtigten Umstellung der westdeutschen Armee auf die atomare Kriegführung, die Anfang 1958 im Plandokument „MC 70“ der NATO bestätigt wurde. Deshalb versuchte die Bonner Regierung, die Käufe von konventionellen Waffen auf ein Mindestmaß zu begrenzen, um dann die erforderlichen finanziellen Mittel für die Beschaffung von Raketen und atomaren Sprengsätzen in ausreichendem Maße zur Verfügung zu haben. Das erklärt auch die Tatsache, daß in den Jahren 1955 bis 1957 die Vorschläge für militärische Ausgaben unterschritten wurden, so daß es zu einer Nichtausnutzung von geplanten Geldmitteln in Höhe von 13,7 Milliarden DM kam. Ein Teil dieser Mittel wurde dem „Julisturm“ (Kassenreserven der Bonner Regierung) zugeführt, der größere Teil verblieb jedoch als „Haushaltsreste“ der Verfügungsgewalt des Kriegsministeriums. Auf der anderen Seite konnte das geplante Tempo der Aufstellung der westdeutschen Armee nicht eingehalten werden, da die Bereitstellung von Kasernen und anderen militärischen Objekten sowie des dazu erforderlichen Grund und Bodens auf den erbitterten Widerstand großer Teile der Bevölkerung, vor allem der Bauernschaft stieß.

Der zeitweilige Rückgang der Haushaltsausgaben für militärische Zwecke in den Jahren 1955 bis 1957 bedeutete keine Änderung der Politik der Bonner Regierung, sondern war lediglich eine Folge der beabsichtigten Umstellung auf die atomare Kriegführung, die mit dem Beschluß des Bundestages vom 25. März 1958, die westdeutsche Armee mit Atomwaffen auszurüsten, Wirklichkeit wurde. Mit ihm wurde die vierte Etappe und damit der Beginn einer fieberhaften Aufrüstung in Westdeutschland eingeleitet. Seit diesem Zeitpunkt begannen die Rüstungsausgaben sprunghaft zu steigen. Die Erhöhung beträgt in jedem Jahr etwa 1 bis 1,5 Milliarden DM. Man muß angesichts der Pläne des Bonner Kriegsministeriums in den nächsten Jahren damit rechnen, daß die direkten Rüstungskosten jährlich eine Höhe von 14 bis 15 Milliarden DM erreichen werden.

Ausgangspunkt dieser militärischen Planungen ist ein atomarer Blitzkrieg gegen die DDR, der dann – wie General Speidel im August 1960 in Washington ausplauderte – weiter nach Osten getragen werden soll. Deshalb sind die westdeutschen Militaristen auch nicht mehr mit der „Schwert- und Schild“-Konzeption der NATO einverstanden, bei der die Bundeswehr als „Schild“ mit Infanterie- und Panzereinheiten (zum „Verheizen“) dienen soll, während den USA- und britischen Streitkräften das „Schwert“, d. h. die ganze Stoßkraft der Atom- und Raketentechnik, in die Hand gegeben wird. Jetzt besteht Strauß auf der Ausstattung mit Atom- und Raketenwaffen mit einem großen Aktionsradius, sowie mit einem Teil der strategischen Luftwaffe. Deshalb sollen alle – formalen – Beschränkungen für den Besitz solcher Waffen aufgehoben werden. Die Enthüllungen Walter Ulbrichts über die Atomkriegspläne Bonns vor der internationalen Presse, die Aussagen geflüchteter Bundeswehroffiziere und nicht zuletzt die Denkschrift des „Führungsstabes“ der westdeutschen Armee, die offizielles Regierungsdokument ist, haben diese Konzeption in aller Öffentlichkeit bestätigt.

Den aggressiven Zielen entspricht es, daß die westdeutsche Wehrmacht auf die Stärke von 350 000 bis 400 000 Mann gebracht werden wird, die sich auf 6 Grenadier-, 6 Panzer-, 2 Gebirgs- und 2 Luftlande-Divisionen sowie 26 Luft- und 22 Marine-Geschwader verteilen wird. Hinzu kommt die nicht der NATO unterstellte sogenannte „Territorialarmee“, die alle rückwärtigen Dienste sowie die Ausbildungs- und Reservetruppen erfassen soll. Nicht eingerechnet sind die militärisch voll ausgebildeten Truppen des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei. Wichtig für die neue Phase der westdeutschen Aufrüstung ist ferner, daß jede Division ein bis zwei Atomraketenbataillone zugeteilt erhält, was den Planungen der NATO entspricht, in Mitteleuropa 30 mit taktischen Atomwaffen ausgerüstete Divisionen zu unterhalten. Darüber hinaus werden auch Marine und Luftwaffe Atomraketenabteilungen erhalten. Diese militärischen Planungen sind in den letzten Monaten zu einem bestimmten Teil schon verwirklicht worden. Das zeigt die Lieferung des „Starfighter“, der auch atomare Sprengköpfe tragen kann, sowie der Ankauf von Raketen des Typs „Honest-John“, „Nike-Ajax“, „Nike-Herkules“ und „Polaris“.

Aus diesem Grunde muß auch die Summe von 52 Milliarden DM, die von Finanzminister Etzel im Bundestag als Betrag für die Gesamtausrüstung der westdeutschen Armee genannt wurde, als zu niedrig bezeichnet werden. In der Summe sind zum Beispiel nicht die Kosten für den Ankauf von Raketen, für den Luftschutz und die sogenannten Notstandsplanungen enthalten. Nach vorsichtigen Schätzungen

dürfte die atomare Ausrüstung der Bundeswehr noch einmal 50 Milliarden DM verschlingen.⁸⁾

Aus diesen skizzenhaften Darlegungen wird deutlich, daß in den nächsten Jahren die Rüstungsausgaben in Westdeutschland über die 10-Milliarden-DM-Grenze je Jahr weit hinausgehen werden. Dieser Prozeß wird – wie noch nachzuweisen sein wird – von starken Auswirkungen auf die Lebenslage der Bevölkerung begleitet sein. Die sich hieraus ergebenden Widersprüche sind unter anderem die Ursache dafür, daß mit Hilfe des politischen Klerikalismus der Widerstand der westdeutschen Bevölkerung gebrochen und die Widersprüche verdeckt werden sollen.

Die bisherige Analyse beschränkte sich lediglich auf die direkten Rüstungskosten, wie sie auch den offiziellen Dokumenten der Bonner Regierung zu entnehmen sind. Neben die zu erwartenden 14 bis 16 Milliarden DM direkten Rüstungskosten sowie die zu veranschlagenden 100 Milliarden DM Gesamtausrüstungskosten der westdeutschen Armee treten jedoch noch viele Beträge, die entweder in den offiziellen Angaben nicht enthalten beziehungsweise in anderen Positionen versteckt sind oder indirekt der militärischen Aufrüstung dienen. Wie weit bereits die Militarisierung der westdeutschen Wirtschaft vorangeschritten ist, zeigen folgende Angaben: Seit 1955 – dem Jahr des Inkrafttretens der Pariser Verträge – wurden weit über 30 Gesetze mit ebenso zahlreichen Durchführungsbestimmungen und Anordnungen erlassen, die sich mit der Mobilisierung der Wirtschaft für militärische Zwecke beschäftigen, so das „Bundesleistungsgesetz“ und das „Sicherstellungsgesetz“, die beide Einschränkungen von Eigentumsrechten zugunsten militärischer Zwecke und rüstungswirtschaftlicher Rohstofflagerungen vorsehen.

In die Kosten für die Aufrüstung in Westdeutschland müssen folgende direkten und indirekten Positionen einbezogen werden:

1. Ausgaben für die Streitkräfte Westdeutschlands;
2. Ausgaben Westdeutschlands für den Unterhalt der in Westdeutschland und Westberlin stationierten ausländischen NATO-Verbände;
3. Besatzungsfolgekosten, die aus der Anwesenheit ausländischer Truppen in Westdeutschland entstehen, jedoch nicht auf den „Verteidigungsbeitrag“ zur NATO angerechnet werden;
4. Anteile an der Finanzierung des NATO-Haushaltes und der NATO-Infrastruktur;

⁸⁾ Über die Einzelkosten für die Anschaffung dieser Waffen siehe Reintanz, Büttner, Krubke: „Friedensvertrag mit Deutschland“, Hefte aus Burgscheidungen Nr. 33, S. 37–39

5. Ausgaben im Zusammenhang mit dem Luftschutz, der „zivilen Notstandsplanung“, Territorialarmee, Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizei, Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Kernenergie und der Luftfahrt sowie die Kosten des Baus strategisch wichtiger Straßen;
6. Ausgaben, die der ideologischen Vorbereitung des Blitzkrieges, der Spionage und Diversion gegen die sozialistischen Länder und der Führung des „kalten Krieges“ dienen. Dazu müssen unbedingt die Zuschüsse für Westberlin, die Kosten des „Bundesnachrichtendienstes“ (Gehlen-Spionagedienst), des Verfassungsschutzes und des Ministeriums Lemmer gerechnet werden.
7. In bestimmtem Maße rechnen solche „sozialen Leistungen“ wie die Versorgung der Angehörigen der Bundeswehr, die Pensionen der Berufsoffiziere der faschistischen Wehrmacht zu den Rüstungskosten; denn sie entspringen zum Teil der Aufrüstung selbst oder sind der psychologischen Kriegsvorbereitung untergeordnet.

In welchem Verhältnis die direkten zu den indirekten Haushaltsausgaben für Rüstungszwecke stehen, zeigt folgende Zusammenstellung aus den Haushaltsplänen 1959/60 und 1960 (Zahlenangaben in Millionen DM):

	1959/60	1960
Bundesministerium für „Verteidigung“	8 994	10 000
Lasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	778	719
Zivile Notstandsplanung	263	446
Hilfe für Westberlin	1 130	820
Ziviler Bevölkerungsschutz	42	101
Beschaffungen für die Bereitschaftspolizei der Länder	6	8
Bundesgrenzschutz	280	235
Bundesministerium für Atomenergie	136	184
Luftfahrt-Bundesamt	1	1
„Bundesnachrichtendienst“	43	43
Verfassungsschutz	11	11
Bundeszentrale für Heimatdienst	8	8
Bundesministerium für „gesamtdeutsche Fragen“	108	140
Bundesministerium „für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“	117	115
Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	79	30
Versorgung der Berufssoldaten der ehemaligen Wehrmacht	483	491
Kriegsfolgeleistungen	3 006	3 112
	15 485	16 464

Daraus ergibt sich, daß allein in den Jahren 1959 und 1960 die indirekten Rüstungskosten ungefähr 50 Prozent des Volumens der direkten Rüstungskosten ausmachen. Man muß also in den einzelnen Jahren mindestens 5 bis 6 Milliarden DM zu den direkten Rüstungskosten hinzuzählen, um eine echte Vorstellung von dem Ausmaß der Belastung des westdeutschen Haushalts zu erreichen. Dabei kann die Aufstellung auf keinen Fall Anspruch auf Vollständigkeit erheben; denn es sind nur die Positionen aus dem offiziellen Haushaltsdokument aufgenommen worden, die schon vom Titel her eine unmittelbare Beziehung zur Aufrüstung erkennen lassen. Aber ein Teil der Rüstungsausgaben ist zusammen mit Ausgaben für zivile Zwecke in allgemein lautenden Titeln des Bundeshaushalts untergebracht worden, wobei eine exakte Trennung schwer möglich ist. Zum Beispiel sind die Subventionen, Bundesbeihilfen und Bundesgarantien für die anlaufende Rüstungsproduktion auf dem Inlandmarkt in den „allgemeinen Bewilligungen“ versteckt. Offen plauderte im Oktober 1958 die gut informierte, halboffizielle „Wehrwissenschaftliche Rundschau“ (Frankfurt [Main]) im Hinblick auf die finanzielle Unterstützung von Forschungsarbeiten in der Industrie aus: „Hiermit wird ein indirekter Beitrag zur Verteidigungswirtschaft geleistet, der aber nicht allein im Zusammenhang mit der deutschen Wirtschaft, sondern in Verbindung mit der NATO und der WEU sowie den Forschungen des Bundesverteidigungsministeriums gesehen werden muß“ (S. 548/1958). Die Ausgaben der Länder und Gemeinden für Baumaßnahmen im Interesse der Aufrüstung, so für Folgeeinrichtungen der Kasernen, Straßenbau usw., sind schwer durchschaubar.

Es ist deshalb berechtigt, die echten Haushaltsausgaben für Rüstungszwecke auf etwa 17 bis 18 Milliarden DM bei einem Haushaltsvolumen von 42 Milliarden DM zu schätzen. Das bedeutet, daß nicht 26 Prozent, sondern 40 Prozent der gesamten Haushaltsausgaben direkt und indirekt für Rüstungszwecke verwendet werden! Aus dieser Feststellung ergeben sich zwei wichtige Schlußfolgerungen:

1. Es gehört zum System der psychologischen Kriegsvorbereitung, daß die westdeutsche Bevölkerung über das wahre Ausmaß der Rüstungsausgaben im unklaren gelassen wird. Die ständige Propaganda, daß nur 10 Milliarden DM für Rüstungszwecke ausgegeben werden, steht im Widerspruch zu den tatsächlichen Ausgaben, die weit höher liegen. Dazu gehören auch solche Manipulationen wie Haushaltsreste, Bindungsermächtigungen, Minderausgaben, die zur Täuschung der breiten Massen angewendet werden. So wird zwar in der Öffentlichkeit stets behauptet, daß der Einzelplan 14 (Ministerium Strauß) eine bestimmte Auflage von Minderausgaben

erhalten habe, die dann sofort abgesetzt werden. Dabei übersieht man, daß diese Minderausgaben mit Genehmigung des Finanzministers wieder rückgängig gemacht werden können, was in der Praxis auch geschieht.

2. Mit einem Anteil von 40 Prozent ist Westdeutschland in die Gruppe der imperialistischen Länder mit den höchsten Rüstungsausgaben eingerückt. So geben die USA rund 50 Prozent ihrer gesamten Haushaltseinnahmen, Großbritannien 24 Prozent und Frankreich 30 Prozent (1958) für Rüstungszwecke aus. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß Westdeutschland an den gesamten Rüstungskosten der NATO in den Jahren 1958 und 1959 mit 4,5 Prozent kurz hinter Großbritannien und Frankreich mit 6,7 bzw. 6,1 Prozent beteiligt war. Diese Angaben zeigen deutlich, daß die Remilitarisierung in Westdeutschland zu einer militärischen Stärke des deutschen Imperialismus geführt hat, die ihn zu den militärischen Großmächten rechnen läßt.

Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß demgegenüber im Staatshaushalt der DDR im Jahre 1959 nur 990 Millionen DM für die Nationale Volksarmee ausgegeben worden sind; das sind 2,2 Prozent der gesamten Haushaltsausgaben. Diese geringe Belastung unseres Haushalts hat ihre Ursache in der konsequenten Friedenspolitik der Regierung der DDR. So haben wir die Stärke der Nationalen Volksarmee von 120 000 auf 90 000 Mann herabgesetzt; die DDR besitzt keine atomaren Waffen und kennt keine Wehrpflicht. Infolge der verständigungsfeindlichen Politik der Adenauer-Regierung sind wir gezwungen, zusätzliche Beträge für die Sicherung der Staatsgrenzen und des Außenringes um Westberlin sowie für den Kampf gegen Spionage und Sabotage aufzuwenden. Während die westdeutsche Bevölkerung jährlich rund 700 Millionen DM für die NATO-Truppen aufbringen muß, ist ab Januar 1959 die Zahlung von Unterhaltskosten für die im Rahmen des Warschauer Vertrages auf dem Territorium der DDR stationierten sowjetischen Einheiten in Fortfall gekommen.

Die Beziehungen zwischen Rüstungsfinanzierung und Lebensstandard

Angesichts der jährlich anwachsenden direkten und indirekten Kosten für die atomare Aufrüstung in Westdeutschland erwächst die Frage, wer diese Kosten aufbringt, auf welche Klassen und Schichten die damit zusammenhängenden finanziellen Lasten abgewälzt werden. Es entspricht dem Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus – und die Erfahrungen zweier imperialistischer Weltkriege beweisen es –, daß die breiten Schichten der Werktätigen schließlich die Kosten für die Vorbereitung und Durchführung der Kriege

zu zahlen haben. Das ist auch heute in Westdeutschland der Fall. Lediglich die Methoden der Rüstungsfinanzierung und der Abwälzung der Kosten haben sich an der Oberfläche verändert, sind sozusagen „verfeinert“ worden, ohne daß ihre Auswirkungen auf den Lebensstandard in irgendeiner Weise geschmälert worden wären.

Das Hauptinstrument für die Finanzierung der Aufrüstung in Westdeutschland ist der Staatshaushalt. Wir können in diesem Zusammenhang nicht weiter auf die Frage eingehen, wie gerade die Gemeinden und Kreise durch die Aufrüstung finanziell zusätzlich belastet werden und wie sie diese Lasten ebenfalls abwälzen. In der Regel sind die herrschenden Kreise bestrebt, die Rüstungskosten mit drei Methoden zu finanzieren:

1. Erhöhung der direkten und indirekten Steuern sowie Einführung neuer Steuern. Davon wird die Lebenslage der Werktätigen direkt (Verminderung der Nettolöhne durch höhere Lohnsteuern) und indirekt (höhere Verbrauchsabgaben, die in den Preis der Konsumgüter eingehen, Abwälzung der Umsatzsteuer auf die Konsumentenpreise) durch Schmälerung des Realeinkommens beeinträchtigt.

2. Verringerung der Haushaltsausgaben für soziale, kulturelle, wissenschaftliche und andere nichtmilitärische Zwecke, zumindest jedoch ein Stopp für diese Ausgaben.

3. Aufnahme kurz- und langfristiger Schulden durch den Staatshaushalt und in der Folge inflationistische Ausdehnung des Geldvolumens, wodurch die Preise steigen und sich die Lebenslage verschlechtert.

Während die ersten beiden Methoden direkt den Lebensstandard der Bevölkerung angreifen und auch sofort wirksam werden, ist die dritte Methode „lautloser“. Ihr Wesen besteht darin, daß bei scheinbarer Aufrechterhaltung des nominellen Lohnniveaus durch eine Entwertung des Geldes allmählich eine Verringerung des Realeinkommens stattfindet. Das Sinken des Lebensstandards soll also zeitweilig getarnt werden; es soll nicht plötzlich, sondern möglichst unbemerkt, schleichend vor sich gehen, zumindest sollen die offenen Auswirkungen auf die Lebenshaltung so lange verdeckt werden, bis sie den herrschenden Kreisen nicht mehr gefährlich werden können. Es ist ein charakteristisches Kennzeichen für die gegenwärtige Methodik der Rüstungsfinanzierung, daß in den meisten imperialistischen Staaten immer mehr zur „lautlosen Rüstungsfinanzierung“ gegriffen wird. Offensichtlich ist das ein Ausdruck für die wachsende Furcht vor der Volksbewegung für den Frieden, gegen Militarismus und Atomkrieg.

Der Mechanismus der „lautlosen“ Rüstungsfinanzierung besteht darin, die Rüstungskosten durch einen Haushaltsfehlbetrag zu finanzieren, der seinerseits durch Anleihen am

Kapitalmarkt sowie durch kurzfristige Bankkredite gedeckt wird. Das bedeutet in der Praxis, daß auf der einen Seite Schuldpapiere des Staates gegen – in der Regel – Spareinlagen der Bevölkerung bei den Banken und Sparkassen eingetauscht werden, so daß diese Spareinlagen unproduktiv verwendet werden. Auf der anderen Seite werden die kurzfristigen Schuldpapiere – und zum Teil auch die langfristigen – als Deckung für die Ausgabe von Geldzeichen durch die Notenbanken benutzt. In dem Maße, wie der Haushaltsfehlbetrag wächst, die kurz- und langfristige Verschuldung zunimmt, wird eine Geldmenge emittiert, die trotz des Einhaltens formaler Deckungsbestimmungen nicht durch entsprechende Warenwerte gedeckt ist. Das führt zu inflationistischen Tendenzen, die nach kürzerer oder längerer Zeit das Realinkommen empfindlich schmälern.

Das Vorbild für diese Methode war die von Hjalmar Schacht vorbereitete Finanzierung des zweiten Weltkrieges durch das faschistische Regime. Schacht und mit ihm andere Experten der deutschen Finanzoligarchie gingen von dem apologetischen Satz des englischen Ökonomen Keynes aus, wonach die Arbeiter zwar verbissen gegen jede Senkung ihres Geldlohnes, aber nicht immer gegen jede Preissteigerung kämpfen würden.⁹⁾ Kurz vor Ende des zweiten Weltkrieges hat der Nazi-Staatssekretär Reinhardt in seiner Durchhaltebroschüre „Was geschieht mit unserem Geld?“ den Kern dieser Methode in zynischer Offenheit dargelegt: „Im Weltkrieg 1914–18 war der Geld- und Kapitalmarkt nicht so gut organisiert wie heute. Es mußte deshalb fortgesetzt die Werbetrömmel für die Zeichnung von Kriegsanleihen gerührt werden. Im gegenwärtigen Krieg vollzieht sich die Deckung des Kreditbedarfs des Reiches lautlos und ohne jede Reibung“ (S. 65).

Daß Schacht dabei auch vor betrügerischen Manipulationen nicht zurückschreckte, zeigte die Ausgabe der sogenannten Mefo-Wechsel. Diese „Metallurgische Forschungsgesellschaft“ war ein Strohundernehmen. Alle Rüstungslieferanten stellten gegen ihre Forderungen an die Wehrmacht Wechsel auf die „Mefo“ aus, die diese akzeptierte. Diese Wechselakzepte wurden von der Reichsbank diskontiert, d. h., die Rüstungsunternehmer erhielten bares Geld. Die Reichsbank ihrerseits sah diese „Kellerwechsel“ juristisch als „reichsbankfähige Handelswechsel“ an und refinanzierte sich, indem sie die Wechsel für die Emission von Banknoten benutzte. Am Fälligkeitstage wurden die Wechsel nicht von der Mefo, sondern von der Regierung, die die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen hatte, gegen Schatzwechsel und Schatzanweisungen eingelöst. Das bedeutete eine Umgehung der Deckungsbestimmungen;

⁹⁾ Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, S. 15

denn dem umlaufenden Geld lagen keine echten Warengeschäfte, sondern eine Staatsschuld zugrunde. Diese „reibungslose“ Finanzierung des Haushaltsdefizits beschwor eine der größten in der deutschen Geschichte gekannten Entwertungen des Geldes herauf.

Auch in Westdeutschland sind alle Voraussetzungen gegeben, um die Finanzierungspraktiken des faschistischen Reiches wieder anzuwenden. Das zeigt ein Blick auf die Männer, die für die Rüstungsfinanzierung in Westdeutschland verantwortlich zeichnen. Zwar hält sich Dr. Hjalmar Schacht – der führende Kopf der „geräuschlosen“ Finanzierung des zweiten Weltkrieges, Angeklagter im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß – in der Öffentlichkeit mit Äußerungen zurück. Aber als Inhaber eine Privatbank in Hamburg ist er eifrig als „Berater“ tätig. Die eigentlichen organisatorischen Maßnahmen liegen in den Händen der „jungen Leute“ von Schacht, die vor mehr als 25 Jahren unter seiner Leitung diese Methoden studieren konnten. Das gilt vor allem für den Präsidenten der westdeutschen Bundesbank, Blessing, der früher mit Schacht in der Reichsbank zusammengearbeitet hat. Nicht zu vergessen ist Hermann Abs, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, einer der stärksten Monopolbanken in Westdeutschland überhaupt. Und nicht zuletzt ist auch jene Gesellschaft wiederauferstanden, die zusammen mit der „Mefo“ an jenen dunklen Finanzmanipulationen des faschistischen Deutschlands beteiligt war, nämlich die Öffa, die sich damals wie heute mit der Finanzierung des Autobahnbaues beschäftigt. Heute ist sie vor allem für die Finanzierung der „Infrastruktur“ der NATO auf westdeutschem Gebiet zuständig. Es gleichen sich also nicht nur die Namen!

Zweifellos erstrecken sich die Auswirkungen der atomaren Aufrüstung auf den Lebensstandard nicht allein auf finanzielle Konsequenzen. Der Bereich des Lebensstandards geht weit über die Entwicklung der Löhne und Preise hinaus. Er umfaßt „den Grad der Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse des Menschen. Dazu gehören Nahrungsmittel, Schuhe, Kleidung und andere Waren des Massenkonsums, Wohnungen, Bildung, medizinische Betreuung, Sport, Sicherstellung der Möglichkeit, zu arbeiten, sich zu erholen sowie alle seine besten Fähigkeiten zu entwickeln und dergleichen mehr.“¹⁰⁾ Bei einer Untersuchung der Auswirkungen der Aufrüstung auf den Lebensstandard müssen deshalb neben der Höhe der Arbeitslöhne und der Preise die Mieten, der Pro-Kopf-Verbrauch an Konsumgütern, die Länge der Arbeitszeit, die Arbeitsintensität, der Arbeitsschutz, die Dauer der Arbeitsfähigkeit, die Krankenversicherung, die Förderung von Kultur, Wissenschaft und Sport berücksichtigt werden.

¹⁰⁾ Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Heft 6/59, S. 666

Ein Teil dieser Faktoren läßt sich jedoch nicht in Zahlen messen. Wir denken nur an die durch die Arbeitshetze entstandene Minderung der körperlichen und geistigen Kräfte, die Zunahme der Berufskrankheiten und der Frühinvalidität, die schwere Lage der Frauen und der Jugend, die gerade im modernen Kapitalismus auf den Lebensstandard der Menschen einen tiefgreifenden Einfluß ausüben.

Wir wollen versuchen, an Hand der konkreten Entwicklung in Westdeutschland die Abwälzung der Rüstungslasten auf die Werktätigen und die damit verbundene Beeinträchtigung des Lebensstandards nachzuweisen.

Drückende Steuerlasten — Folge der atomaren Aufrüstung

Die Ausgaben des klerikal-militaristischen Regimes in Westdeutschland werden in entscheidendem Maße von der Höhe der Rüstungskosten bestimmt, die — wie weiter vorn nachgewiesen — rund 40 Prozent der gesamten Haushaltsausgaben betragen. Diese wiederum werden überwiegend aus Steuern finanziert: 1960 werden 38 Milliarden DM (= 90 Prozent) von 42 Milliarden DM Gesamteinnahmen aus Steuern und Abgaben stammen; 1959 waren es 83 Prozent. Deshalb sind in Westdeutschland Steuern Rüstungslasten, die auf die werktätigen Schichten in verschiedenster Weise abgewälzt werden. Das wird durch folgende Zahlenangaben (in Milliarden DM) erhärtet:

	Gesamte Steuer- einnahmen (Bund/Länder)	Eink.- Steuer	Lohn- steuer	Umsatz- steuer	Verbrauchs- steuern und Zölle
1950	16,1	2,0	1,8	4,7	4,6
1959	48,0	6,2	5,9	14,2	10,4
Steigerung in % (1950 = 100)	298	310	328	300	226

Quelle: Berichte der Bundesbank, Frankfurt (Main), Sept. 1960

Westdeutschland gehört damit zu den kapitalistischen Ländern mit höchster steuerlicher Belastung. Das beweist nicht nur die Erhöhung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) auf das Dreifache seit 1950, sondern auch die interessante Tatsache, daß demgegenüber das Volkseinkommen („Nettosozialprodukt zu Faktorkosten“) nur auf das 2,5fache gestiegen ist. Das schnellere Steigen der Steuern und Abgaben gegenüber dem des Volkseinkommens führte auch dazu, daß der Anteil der Steuern und Abgaben am sogenannten „Bruttosozialprodukt“ nach vorsichtigen Schätzungen 30 bis 33 Prozent beträgt, während andere westeuropäische Länder

einen geringeren Anteil (z. B. Italien 30 Prozent, Belgien 23 Prozent, Frankreich 29 Prozent) aufzuweisen haben. Der Bund der Steuerzahler in Westdeutschland spricht sogar von einer Belastung von 40 Prozent. Zweifelloso wäre die Bonner Regierung angesichts der steigenden Steuereinnahmen in der Lage gewesen, die Steuersätze — vor allem für die arbeitende Bevölkerung — herabzusetzen. Daß dies, von Ausnahmen abgesehen, in der letzten Zeit nicht geschehen ist, kommt auf das Konto der wachsenden Rüstungskosten, besonders nach dem Beginn der atomaren „Umrüstung“. Das bedeutet nichts anderes, als daß durch Aufrechterhaltung der Steuersätze die Nominal- und Realeinkommen der Werktätigen zurückgeblieben sind. In dieser Form mußten sie die Bürde der Rüstungskosten tragen.

Das wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß die Steuern der breiten Bevölkerungsschichten (Lohn-, Umsatz-, Verbrauchssteuern) rund 60 Prozent des gesamten Steuervolumens ausmachen, während sich bekanntlich die Gewinnquote der kapitalistischen Betriebe schneller als die Lohnquote erhöht hat. Dieser Widerspruch zwischen Einkommens- und Steuerentwicklung kommt besonders drastisch in dem Steigen der Lohnsteuereingänge auf 328% zum Ausdruck; die Einnahmen aus Einkommensteuer sind dagegen nur auf 310% angewachsen. Allein im Juni 1960 hatten sich die Eingänge aus Lohnsteuer gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 34 Prozent erhöht; bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer betrug die Steigerung nur 31 bis 28 Prozent.¹¹⁾ Die Lohnsteuer trifft als direkter Abzug vom Bruttolohn und -gehalt die Arbeiter und Angestellten unmittelbar. Westdeutschland hat mit 9,6 Prozent in Westeuropa einen der höchsten Lohnsteuersätze aufzuweisen (Frankreich 6,5 Prozent, Belgien 6,4 Prozent).

Die Umsatz- und Verbrauchssteuern belasten die breiten Bevölkerungsschichten nicht minder, da sie als Kosten in die Preise der Waren eingehen, die vom Konsumenten bezahlt werden. Darin ist u. a. die Ursache für die Erhöhung des Konsumgüter-Preisniveaus in Westdeutschland zu suchen, die das Realeinkommen schmälert. Das gilt auch für die Steuern auf Profit (wie Einkommen- und Körperschaftsteuer); denn es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß diese tatsächlich von den Monopolen und anderen Kapitalisten gezahlt werden. Durch viele Manipulationen werden diese als Kosten über die Preise auf die Konsumenten abgewälzt.

Deshalb ist die Schlußfolgerung berechtigt, daß die direkten und indirekten Steuern — auch bei vorläufig gleichbleibenden Steuersätzen — und ihre legale und illegale Abwälzung eines der Mittel sind, um den Werktätigen die Lasten der atomaren Aufrüstung aufzubürden.

¹¹⁾ lt. „Handelsblatt“ Düsseldorf Nr. 145/60, S. 1

Bei der Suche nach neuen Finanzierungsquellen hat die Adenauer-Regierung für die Zukunft bestimmte Erhöhungen der Steuersätze geplant. So gibt es Vorlagen über die 10prozentige „Ergänzungsabgabe“ zu der Lohn- und Einkommensteuer, über eine Erhöhung der Tabak- und Mineralölsteuer sowie der LKW-Steuer, Einführung der „Baulandsteuer“. Zweifellos würden solche Maßnahmen den Kampfaktionen gegen das klerikal-militaristische Regime einen starken Auftrieb geben. Deshalb – und auch aus wahltaktischen Gründen – ist die Erhöhung der Steuersätze verschoben worden, aber das Ziel bleibt unverändert, wie Finanzminister Etzel am 10. Dezember 1959 im Bonner Bundestag wörtlich sagte: „Sollten aber... harte politische Notwendigkeiten uns zu einer wesentlichen Ausgabenerhöhung zwingen, so würde ihnen nur mit einer Erhöhung der Einkommen- und Körperschaftsteuer oder auch der Verbrauchssteuern auf Genußmittel begegnet werden können.“

Senkung der Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke

Die infolge der aggressiven und revanchistischen Politik der Bonner Regierung ständig steigenden Rüstungslasten zwingen objektiv, bei der Suche nach weiteren Finanzierungsquellen auch jenen Komplex von Ausgaben anzugreifen, der – obwohl viel niedriger als vergleichbare Ausgaben im Staatshaushalt der DDR – in der Vergangenheit aus wahltaktischen und sozialdemagogischen Gründen geschont wurde, nämlich die Ausgaben für soziale und kulturelle Belange. Während die Erhöhung der Steuersätze offensichtlich noch hinausgeschoben worden ist, hat man in den letzten 18 Monaten in wachsendem Maße begonnen, diese Ausgaben systematisch zu vermindern, um weitere Finanzmittel für die Aufrüstung frei zu bekommen. Hier sollen nur die wichtigsten Maßnahmen zur Herabsetzung der Sozial- und Kulturausgaben genannt werden, die entweder schon in Kraft getreten sind oder vorbereitet werden.

1. Die Wohnungsmieten stellen einen wichtigen Faktor im Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung dar. Nachdem bereits in den Jahren 1950 bis 1956 die durchschnittlichen Mieten für vor 1948 gebaute Wohnungen um 25 bis 40 Prozent gestiegen sind, wurden mit dem sogenannten „Lücke-Plan“ ab 1. August 1960 neue, die Lebenslage unmittelbar treffende Maßnahmen Wirklichkeit. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, daß die Ausgaben für „Förderung des Wohnungsbaues“ für 1960 um 12 Millionen DM gekürzt wurden, was zu einer weiteren Erhöhung der Mieten und verlorenen Baukostenzuschüsse führen wird.

2. Das Jahr 1960 brachte die ersten Vorstöße der Bonner Regierung, die Haushaltsausgaben für soziale und gesundheitliche Zwecke einzuschränken. So wurden für 1960 für Arbeitsschutz 11 000 DM, für die „Sozialreform“ 63 000 DM und für die Arbeitslosenhilfe 113 000 DM weniger angesetzt. Die große Einsparung soll aber die Krankenkassenreform bringen, bei der durch „Selbstbeteiligung“ der Patienten an den Medikamenten, Krankenhaus- und Behandlungskosten, Einführung von zwei Karenztagen unabhängig von der Krankheitsdauer usw. 1,3 Milliarden DM jährlich weniger durch die öffentlichen Haushalte aufgewendet werden sollen. Damit wird Kranksein nicht nur zum Luxus, sondern der allgemeine Gesundheitszustand, der Zeitpunkt der Arbeitsunfähigkeit und die Lebenserwartung werden herabgesetzt, zumal wenn die Prophylaxe eingeschränkt wird.

3. In der Vergangenheit wurden bestimmte Zuschüsse für die Bundesbahn sowie für Mehl, Brot und Zucker aus dem Haushalt gezahlt. Diese wurden ab 1960 fast völlig beseitigt, so daß rund eine Milliarde DM für Rüstungszwecke „eingespart“ wurden. Die Bevölkerung Westdeutschlands muß dies mit Preis- und Tarifierhöhungen der Grundelemente des Lebensstandards bezahlen. So wurden die Tarife für Arbeiterwochenkarten durchschnittlich um 33 Prozent „angehoben“; der Preis für ein Brötchen erhöhte sich auf 7 1/2 DPF.

4. Der größte Teil der Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke wird durch Länder und Gemeinden getätigt. Um neue Mittel für die atomare Aufrüstung zu erhalten, versucht die Bonner Zentrale eine „Umverteilung“ der Länderanteile an Bundessteuern, was sich selbstverständlich negativ auf die Ausgaben für Kultur, Volksbildung und Gesundheitswesen auswirken wird. Bereits jetzt müssen 80 Prozent aller dieser Ausgaben von Ländern und Gemeinden getragen werden, aber sie erhalten nur 45 Prozent des gesamten Steueraufkommens. „Bundeszuschüsse“ für Volksbildung und Gesundheitswesen wurden „sparsam“ ausgereicht. Die geplante Verminderung der Einnahmequellen der Länder und Gemeinden wird die Schulraumnot vergrößern, den Aus-, Um- und Neubau von Krankenhäusern verzögern und die berechtigten Forderungen der wissenschaftlichen Institutionen auf bessere Arbeitsbedingungen weiter unerfüllt lassen.

Mit Recht heißt es deshalb im Deutschlandplan des Volkes: „Bedenkt: Milliardensummen, die jetzt für Rüstungen, für die Vorbereitung eines Überfalles auf die DDR verpulvert werden, könnten für soziale und kulturelle Zwecke, könnten zugunsten der werktätigen Massen verwendet werden, wenn in Westdeutschland vor allem durch die Aktionseinheit der Arbeiterklasse die Politik des Friedens und der Verständigung der beiden deutschen Staaten durchgesetzt werden würde.“

Gegen die offensichtliche Verschlechterung der Lebenslage haben die Werk­tätigen machtvolle Kampfaktionen durchgeführt. Dabei wurden sie von Teilen der Intelligenz unterstützt. So haben die Ärzte geschlossen gegen die „Krankenkassenreform“ protestiert; viele Wissenschaftler an den Universitäten und Hochschulen haben angesichts der Förderung ihrer Kollegen in der DDR bessere Unterbringung, größere Mitarbeiterstäbe, mehr Geld für Laboratorien usw. gefordert. Dieser machtvolle Kampf hat dazu geführt, daß die klerikal-militaristischen Kreise ihre Pläne zeitweilig zurückstellen mußten oder an ihrer Durchführung gehemmt wurden. Deshalb halten sie nach „lautloseren“ Methoden der Rüstungsfinanzierung Ausschau. Gleichzeitig verbreiten sie in der Öffentlichkeit den Eindruck, daß der westdeutsche Haushalt ein „Sozialhaushalt“ sei, in dem 40 Prozent aller Einnahmen für „soziale Leistungen“ ausgegeben werden. Rechnet man jedoch die einzelnen Positionen nach und eliminiert die Beträge, die offen und versteckt der Aufrüstung dienen (z. B. Pensionen an Generale und Offiziere der Nazi-Wehrmacht, Blutrichter), dann erhält man eine Summe, die nur etwa 16 bis 18 Prozent des gesamten Etats ausmacht. Das ist gegenüber dem Staatshaushalt der DDR mit rund 40 Prozent aller Ausgaben für die gesellschaftliche Konsumtion (Volksbildung, Kultur, Sozial- und Gesundheitswesen) mehr als gering.

Wachsende Staatsverschuldung mit inflationistischen Auswirkungen

Der Kampf breiter Bevölkerungskreise gegen Mietpreiserhöhungen und „Krankenkassenreform“ sowie die Furcht der herrschenden klerikal-militaristischen Kräfte vor neuen Massenaaktionen bei Steuererhöhungen drängen die Bonner Regierung auf den Weg der „lautlosen“ Rüstungsfinanzierung über die Staatsverschuldung. Dabei folgen sie dem Beispiel der finanziellen Vorbereitung des zweiten imperialistischen Weltkrieges durch Hjalmar Schacht. Die Grundlage dieser inflationistisch wirkenden, in verschiedenen Formen (Schuldbuch, Schatzwechsel, Staatsanleihen usw.) auftretenden Staatsverschuldung ist der Ausgabenüberschuß des Staatshaushaltes (Haushaltsdefizit), der gerade in den letzten drei Jahren zugenommen hat, wie aus folgender Zusammenstellung der Einnahme- (+) bzw. Ausgabenüberschüsse (–) hervorgeht (in Milliarden DM):

1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60
–0,4	+0,9	+1,7	+1,0	+2,9	+0,3	–2,7	–3,0	–3,1

Quelle: Berichte der Bundesbank, Frankfurt (Main), Sept. 1960

Der Haushaltsfehlbetrag steht in unmittelbarer Abhängigkeit von der Höhe der Rüstungskosten: Wie bei einem Vergleich mit der Aufstellung auf Seite 10 deutlich wird, entstanden gerade ab 1958 bedeutende Defizite, dem Jahr also, in dem nach anfänglicher Verzögerung die atomare Bewaffnung der westdeutschen Wehrmacht forciert begonnen wurde und die Rüstungskosten jährlich um je eine Milliarde DM stiegen. Dabei sind die Angaben durch Einbeziehung von gezahlten Vorschüssen an das Ausland und Ausgaberesten noch frisiert worden. Für 1960 ist durch eine generelle Ansetzung von „Minderausgaben“ und überhöhte Schätzung des Steueraufkommens ein Defizit von 1,5 Milliarden DM (nur II. bis IV. Quartal) „errechnet“ worden, um die Öffentlichkeit zu täuschen. In den Jahren 1955 bis 1957 sammelte die Bonner Regierung aus nicht verbrauchten Rüstungsgeldern einen hohen Kassenbestand („Julisturm“) von etwa 6 Milliarden DM an, der für die beabsichtigte atomare Aufrüstung bestimmt war. Großzügige „Wahlgeschenke“ der Adenauer-Regierung in Form von Steuerermäßigungen für bestimmte Unternehmergruppen usw. ließen diesen Fonds rasch schmelzen, so daß dieser nur bis zum Jahre 1959 zur Deckung des Haushaltsfehlbetrages herangezogen werden konnte. Ab 1959/60 mußte das Haushaltsdefizit durch Aufnahme von Schulden ausgeglichen werden, womit die schon seit der Währungsreform 1948 anwachsende Verschuldung weiter erhöht wurde. Am Jahresende 1959 betrug die Inlandsverschuldung des Bundes immerhin 2,7 Milliarden DM (ohne Ausgleichsforderungen von 11 Milliarden DM), die der Länder 4,5 Milliarden DM (ohne Ausgleichsforderungen von 9,1 Milliarden DM). Die Auslandsverschuldung machte 6,7 bzw. 0,1 Milliarden DM aus. Die wichtigsten Arten der Verschuldung waren (August 1960):

	Bund	Länder
Anleihen	800 Mill. DM	1726 Mill. DM
Kassenobligationen	392 Mill. DM	23 Mill. DM
Schatzwechsel	6 Mill. DM	–
Schatzanweisungen	230 Mill. DM	122 Mill. DM
Kredite der Bundesbank	1339 Mill. DM	–
Kredite der Bank für Wiederaufbau	325 Mill. DM	–
Kredite der anderen Banken	–	2425 Mill. DM

Zweifellos ist diese Aufstellung nicht vollständig. Zum Beispiel kann die Bonner Regierung bis zu 4500 Millionen DM „Betriebsmittelkredit“ bei der Bundesbank insgesamt aufnehmen. Es fehlt auch die Verschuldung der Bundesbahn und Bundespost. Auf der anderen Seite war die Aufnahme der Verschuldung der Länder in diese Aufstellung notwendig, weil sie infolge der geringen Steueranteile ebenfalls mittelbar die Finanzierung der atomaren Aufrüstung zu tragen haben.

Die wichtigsten Arten der Verschuldung geben die Möglichkeit, auch die Auswirkungen auf die Lebenslage der Bevölkerung darzulegen:

1. Wenn man von den Ausgleichsforderungen und ihrer Problematik absieht, wird zur Zeit der größte Teil der Verschuldung kurzfristig aufgenommen. Da diese kurzfristigen Schuldpapiere und Kredite zugleich auch die Basis für die Ausgabe von Bargeld darstellen, führt die kurzfristige Verschuldung zu einer Ausdehnung des Geldumlaufs, dem nicht die Produktion und Zirkulation von Waren und Leistungen, sondern unproduktive Ausgaben für militärische Zwecke zugrunde liegen. Das bedeutet schließlich eine inflationistische Geldvermehrung, die durch ständige Preiserhöhungen bei zurückbleibendem Lohnniveau den Lebensstandard der Bevölkerung empfindlich beeinträchtigt. Man schätzt, daß einer Erhöhung des Bargeldumlaufs eine Aufblähung des Buchgeldumlaufs um nochmals 100 Prozent der Zuwachsquote des Bargeldes folgt.¹²⁾ Die Defizitfinanzierung durch den Bankkredit führt also über inflationistische Preiserhöhungen zur Verschlechterung der Lebenslage der werktätigen Schichten.

2. Das gilt grundsätzlich auch für die Finanzierung der Haushaltsfehlbeträge durch längerfristige Anleihen. Dabei ist zu beachten, daß zunächst die Spargroschen für diese Rüstungsanleihen verwendet werden sollen, womit sich die soziale Unsicherheit erhöht. Ferner führt nach bestimmter Zeit die Tilgung und Verzinsung dieser Anleihen zur Erhöhung der Steuerlasten der Bevölkerung. Das bedeutet doppelte Ausplünderung. In Westdeutschland kommt noch ein Faktor hinzu: Trotz eines großen Propagandaaufwandes war der Absatz der (am Gesamtvolumen der Verschuldung relativ gering beteiligten) Anleihen an die Bevölkerung gering, so daß diese weitgehend von den Banken aufgekauft wurden. Damit entsteht eine weitere Gefahr; denn es werden nicht nur die bei den Banken und Sparkassen vorhandenen Spargelder in Anleihestücke „angelegt“, sondern diese Anleihen werden — was die monopolkapitalistische Praxis mehrfach zeigt — auch aus dem kurzfristigen Bereich finanziert, wodurch der Druck zur Inflation wächst. Im übrigen lenkt das Monopolkapital seine freien Mittel mehr zum Aktienmarkt, so daß der Bonner Regierung wiederum nur der Weg zum „Geldmarkt“, d. h. zur kurzfristigen Verschuldung, die ständig entsprechend dem Rezept von Schacht erneuert wird, und damit zur Inflation mit ihren Auswirkungen auf die Lebenslage offenbleibt.

¹²⁾ Vgl. Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts Nr. 19/59, S. 27

Rüstungspolitische Aspekte der Gold- und Devisenbestände

Die durch die steigenden Rüstungskosten bedingte Zunahme der Staatsverschuldung stellt nicht die einzige Quelle der inflationistischen Geldvermehrung in Westdeutschland dar. An ihre Seite treten die Gold- und Devisenbestände der Zentralnotenbank (Bundesbank), die aus Exportüberschüssen resultierten (in Milliarden DM):

1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
4,9	8,1	10,9	12,8	17,9	23,7	26,6	24,2

Quelle: Berichte der Bundesbank, Frankfurt (Main), Sept. 1960

In der Vergangenheit wurde in der westdeutschen „Wirtschaftswunderland“-Propaganda die beträchtliche Zunahme der Währungsreserven als Zeichen der wirtschaftlichen Stärke und Stabilität angesehen. Es stellt sich jedoch bei näherer Analyse heraus, daß diese Bestände unter dem Gesichtspunkt der Ursachen ihres Entstehens und ihrer Auswirkungen starke Momente der Schwäche und Labilität enthalten.

Zunächst sind die Gold- und Devisenbestände (neben anderen Faktoren) eng mit der forcierten atomaren Aufrüstung verbunden: Ihre Ansammlung dient u. a. der Bezahlung künftiger Rüstungsimporte. In den vergangenen Jahren stammte rund die Hälfte aller militärischen Beschaffungen aus Importen, vor allem Raketen, Radaranlagen, Kampfflugzeuge, schwere Panzer und Waffen, aber auch Munition (so aus der Türkei und Portugal). Hauptlieferländer waren die USA, Großbritannien, Kanada und Italien. Diese Rüstungsimporte tragen einen zwiespaltigen Charakter, der die spezifische Stellung des wiedererstandenen westdeutschen Imperialismus als „Juniorpartner“ des USA-Imperialismus widerspiegelt.

Die Rüstungsproduktion stellt in einigen Hauptländern des Kapitalismus eine wichtige „Konjunkturstütze“ und Quelle von höchstmöglichem Profit dar, zumal die Preise für Waffen und Geräte in der Regel Monopolpreise sind. Im Zeichen des ökonomischen Grundgesetzes des Kapitalismus versuchen die Monopole der USA, aber auch Großbritanniens und Kanadas, ihre Rüstungsproduktion durch Exporte nach Westdeutschland zu erhöhen. Dabei nutzen sie die zwar von Jahr zu Jahr abgebauten, aber doch in den vergangenen Jahren dort vorhandenen Herstellverbote für bestimmte Waffen aus. Außerdem entsprochen ihre Bestrebungen den Wünschen der NATO-Strategie, möglichst einheitliche Typen von Raketen, Flugzeugen, Panzern und anderen Waffen in allen NATO-Verbänden zu besitzen. Die deutschen Monopole waren auf der

anderen Seite zunächst diesen Importen von Rüstungsmaterial nicht abgeneigt. Sie hatten in einer Periode, in der die Remilitarisierung noch vorbereitet wurde, ihre Produktionsanlagen modernisiert und in den folgenden Jahren ihre Kapazitäten durch hohe Exporte ausgelastet, wobei sie oft durch die Lücke begünstigt wurden, die die Rüstungsproduktion ihrer Konkurrenten in den Export ziviler Produkte gerissen hatte (Korea-Krieg). Diese Exporte waren bisher für die Monopole oft profitabler als eine Rüstungsproduktion, deren Anlagen sie erst durch hohe Investitionen errichten mußten, wobei stets die Gefahr eines raschen Verschleißes infolge der Entwicklung der Kriegstechnik gegeben war. Das lukrative Exportgeschäft und die Zurückhaltung vor eigener Rüstungsproduktion wegen der Gefahr mangelnder Profite zeigte sich deutlich in dem Wachsen der Gold- und Devisenbestände. Daß eine solche Praxis natürlich propagandistisch als Beweis der „Friedfertigkeit“ des deutschen Imperialismus ausgewertet wurde, sei am Rande bemerkt.

So sind die hohen Währungsreserven Ausdruck des Profitstrebens der Monopole und kapitalistischen Betriebe auf der einen, der Vorbereitung von Rüstungsimporten auf der anderen Seite; dabei fließen die in DM umgewechselten Devisen den Monopolen zu, während die Devisen für Rüstungsimporte vom Haushalt gegen DM gekauft werden müssen — ein Umstand, der für die Lebenshaltung der Bevölkerung von großer Bedeutung ist. Wie eng Währungsreserven und Rüstungsimporte verbunden sind, zeigt die Tatsache, daß bei Waffenkäufen aus den USA 40 Prozent des Kaufpreises in Devisen im voraus in Washington zu deponieren sind. Der Rückgang der Gold- und Devisenbestände im Jahre 1959 um 2,4 Milliarden DM auf das Konto solcher Vorauszahlungen. Sobald die Bestellungen für Rüstungsmaterial realisiert werden, kann eine Abnahme dieser Reserven erwartet werden, wodurch ihr wahrer Charakter deutlich wird.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß sich in den letzten zwei Jahren eine bestimmte Wandlung der Haltung der westdeutschen Monopole zu den Rüstungsimporten vollzogen hat. Die Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt zwingt sie, selbst stärker in das Rüstungsgeschäft einzusteigen, zumal die Produktionskapazitäten infolge des Krisenzyklus nicht immer voll ausgelastet sind. Der Kampf der rivalisierenden Gruppen der Monopolbourgeoisie, der sich in dem scharfen Briefwechsel ihrer ministeriellen Exponenten Strauß und Erhard vom Februar 1959 manifestierte, hat einen vorläufigen Abschluß in der Weise gefunden, daß — trotz „Bedenken“ Erhards — Kriegsminister Strauß zum Beispiel alle Fahrzeuge nur noch von westdeutschen Monopolen bezieht, ferner die

Zerstörer, Schnellboote usw. auf westdeutschen Werften bauen läßt und die „Starfighter“ in Lizenz nachgebaut werden. Auch die Raketenproduktion soll schrittweise nach Westdeutschland verlagert werden (so die Flugabwehrrakete „Sidewinder“ an das Bodenseewerk Perken, Elmer & Co.). Der größere Inlandsanteil an den Rüstungskäufen bedeutet allerdings durchaus keine Einstellung der Rüstungsimporte. Vielmehr wird eine solche Einstellung nur dann erfolgen, wenn sie dem Streben der westdeutschen Monopole nach höchstmöglichem Profit entspricht.

Im übrigen ist eine weitere Ansammlung von Gold und Devisen notwendig, da die Bestellungen an das Ausland erst seit dem vollen Beginn der atomaren Bewaffnung voll angelaufen und die Lieferzeiten oft sehr lang sind. Das ist aber mit negativen Auswirkungen auf die Lebenslage der Bevölkerung verbunden: Die zur Bezahlung der Rüstungsimporte notwendigen Währungsreserven werden von der Bundesbank gegen DM aus den Devisenerlösen der Exporteure erworben. Das bedeutet jedoch, daß DM-Beträge in die inländische Zirkulation fließen, deren materielle Grundlage (Waren und Leistungen) andererseits nicht mehr auf dem Binnenmarkt vorhanden ist. In der Höhe des DM-Gegenwertes von Gold und Devisen existiert also ein inflationistisch wirkender Geldüberhang, der zu Preissteigerungen und Erhöhung der Lebenshaltungskosten führt. Da die Kassenreserven der Bonner Regierung („Julius-turm“) aufgebraucht sind und die Kreditverschuldung zunimmt, vervielfachen die Gold- und Devisenbestände die allgemeine inflationistische Tendenz. Weil bei Rüstungsimporten der Staatshaushalt DM gegen Devisen kaufen muß, bedeutet eine Abnahme der Währungsreserven durch Rüstungsimporte einen höheren Fehlbetrag des Haushalts, wodurch sich die Quellen des inflationistischen Druckes nur verlagern.

Rüstungsimporte, Gold- und Devisenreserven führen also genauso wie Haushaltsdefizite und Staatsverschuldung zu einer Beeinträchtigung des Lebensstandards der Bevölkerung. Das zeigt sich u. a. in der Entwicklung der Lebenshaltungskosten und im Kaufkraftschwund.

Steigende Lebenshaltungskosten — sinkende Kaufkraft

Das klerikal-militaristische Regime in Westdeutschland ist laufend bemüht, die wachsenden Rüstungslasten mit den verschiedensten Methoden, direkt und indirekt, auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung abzuwälzen. Die Lebenshal-

tungskosten, die ein wichtiges Kriterium – wenn auch nicht das einzige – für die Beurteilung des Lebensstandards darstellen, und die Kaufkraftentwicklung der westdeutschen DM lassen diese Belastung deutlich erkennen:

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
Lebenshaltungskosten mittl. Verbrauch. gr.	100	108	110	108	108	110	113	115	119	121
Kaufkraft DM	100	93	91	93	93	91	89	87	84	82

Quelle: Berichte der Bundesbank, Frankfurt (Main), Sept. 1960

Wie schon bei den vorangegangenen Analysen wird auch hier der Einschnitt in den Jahren 1957/58 sichtbar: zu diesem Zeitpunkt beginnt nach längeren Vorbereitungen die Ausrüstung der westdeutschen Armee mit Raketen und Atomwaffen, die Haushaltsausgaben für die Aufrüstung nehmen seitdem rasch zu, und gleichzeitig beginnen auch die Lebenshaltungskosten schneller zu steigen, als dies in den Jahren vorher der Fall gewesen war. Dieser unverkennbare Zusammenhang des Tempos der Aufrüstung mit dem Tempo des Kaufkraftschwundes (der die reziproke Entwicklung des Preisniveaus und der Lebenshaltungskosten wiedergibt) zeigt sich auch, wenn man die Ursachen der Steigerung der Lebenshaltungskosten vor allem in den letzten Jahren näher untersucht.

1. Durch verstärkte Arbeitshetze, Erhöhung der Arbeitsintensität und Rationalisierung der Produktionsprozesse wurde die Arbeitsproduktivität beträchtlich gesteigert. Jedoch führte sie nicht zu einer Senkung der Preise durch geringere Selbstkosten, sondern zu einer Erhöhung der Profite, wobei sogar das Profitstreben Preiserhöhungen hervorrief. Das beruhte auf der Existenz von Monopolpreisen, die gerade im Bereich der Grundstoffindustrie, aber auch für Rüstungsmaterialien gebildet und dann auf den weiteren Stufen der Produktion schließlich auf die Konsumgüterpreise überwälzt werden. Selbstverständlich hängt der Grad der Überwälzung auf die Konsumgüter von den jeweiligen Marktbedingungen ab: So stieg zwar der Index für Grundstoffpreise seit 1950 auf 132, für Einzelhandelspreise dagegen nur auf 113. Das wurde aber durch niedrigere Einfuhrpreise und nicht zuletzt durch relativ geringere Preissteigerungen im Bereich der nur schwach monopolisierten Konsumgüterindustrie bedingt. Hier zeigt sich, daß die mit-

teilständische Industrie gegenüber den Monopolen benachteiligt ist, zumal sie die Monopolpreise der Rohstoffe nicht immer voll im Preis weitergeben kann. Es darf aber nicht übersehen werden, daß ein bestimmter Teil der Erhöhung der Lebenshaltungskosten durch die überhöhten Handelsspannen zwischen Erzeuger- und Abgabepreis hervorgerufen wird, die in die Taschen der stark monopolisierten Großhändler fließen. Während die Einzelhandelspreise seit 1950 um 13 Prozent stiegen, erhöhten sich die Erzeugerpreise insgesamt nur um 6 Prozent. Das erklärt auch die Tatsache, daß zum Beispiel die kleinen und mittleren Bauern in Westdeutschland über geringe Einnahmen klagen, gleichzeitig jedoch die werktätigen Konsumenten starke Preissteigerungen feststellen müssen.

2. Machten sich bereits in den teilweise auf die Konsumtionsgüterpreise abgewälzten Monopolpreisen die Auswirkungen der Rüstungsproduktion bemerkbar, so wird dieser Zusammenhang von der Seite der Steuern und Abgaben her noch deutlicher. Die hohen Haushaltsausgaben für die Aufrüstung, die nicht zuletzt auf Zahlungen für Monopolpreise der Rüstungsmaterialien beruhen, werden zur Zeit hauptsächlich durch das wachsende Steueraufkommen finanziert. Da aber diese Steuern legal (z. B. Umsatzsteuer) und größtenteils illegal (z. B. Körperschafts- und Einkommensteuer) auf die Preise und in der Konsequenz auf die Verbraucherpreise abgewälzt werden, kommt es zu einer tendenziellen Erhöhung des Index der Lebenshaltungskosten.

3. Die Finanzierung der Aufrüstung durch inflationistische Geldvermehrung (direkt durch Staatsschulden, indirekt durch Gold- und Devisenbestände mit inflationistischen Auswirkungen) hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Deshalb wird auch ihr Anteil an der Beeinträchtigung des Lebensstandards durch Erhöhung der Lebenshaltungskosten und Verminderung der Kaufkraft größer. Folgende Angaben sollen dies nachweisen:

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
Industrie- produktion	100	119	126	139	155	178	193	204	210	223
Geld- volumen*)	100	118	131	144	162	179	193	216	235	244

Der Umstand, daß in Westdeutschland seit 1950 das Geldvolumen schneller als die Produktion gestiegen ist, deutet auf einen Geldüberhang hin, der geldentwertend wirkt. Die dadurch eintretende Erhöhung des Preisniveaus stellt die Form dar, in der sich die Umverteilung des für die

*) Bargeld und Sichteinlagen bei den Banken

Aufrüstung benötigten Teils des Volkseinkommens zu Lasten breiter Bevölkerungsschichten vollzieht. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Erhöhung der Preise, vor allem der Lebenshaltungskosten, nicht ausschließlich auf die Entwertung des Geldes zurückzuführen ist. Vielmehr hielt sich der Geldüberhang bis 1956 in relativ kleinem Rahmen. Auch hier beginnt sich ab 1957/58 die Differenz zwischen Produktion und Geldvolumen stark zu erweitern, so daß mit 12 bis 21 Punkten Abstand der inflationistische Druck auf die Preise offen zutage tritt.

Forcierung der atomaren Aufrüstung, rasches Ansteigen der Lebenshaltungskosten und offenes Auftreten einer Geldentwertung bedingen einander. Die rasche Erhöhung der Lebenshaltungskosten ab 1958 ist also vor allem durch den wachsenden Einfluß der inflationistischen Tendenzen bedingt. Während seit 1958 (1950 = 100) der Einzelhandelsumsatz um 21 Punkte stieg, erhöhte sich das Bargeldvolumen in der gleichen Periode um 32 Punkte. Zweifellos läßt sich dieser Einfluß noch nicht mit den Ausmaßen der Nachkriegsinflationen 1920/23 und 1945/48 vergleichen. Vielmehr handelt es sich um eine „schleichende“ Inflation, die erst nach einer bestimmten Zeit verheerende Wirkungen auslöst, aber deshalb nicht weniger gefährlich für die Lebenslage der Bevölkerung ist.

Die Berechnungen der Bonner Regierung, durch „leichte“ inflationistische Finanzierung des Rüstungshaushaltes und allmähliche Preiserhöhungen eine „lautlose“ Abwälzung der Rüstungslasten auf die Bevölkerung zu erreichen, sind jedoch nicht aufgegangen. Angesichts der ständigen Teuerung mußten die Führer des DGB unter dem Druck der Arbeiter mit den Unternehmerverbänden über Lohnerhöhungen verhandeln. Die kleinen und mittleren Bauern haben gegen die Verschlechterung ihrer Lage protestiert, und die Agrarpolitik der Bonner Regierung ist in eine Sackgasse geraten. Bis hinein in die mittelständischen Kreise reicht der Widerstand, so daß die Vertreter der Monopole in der Adenauer-CDU und FDP bestimmte Versprechungen über die „Förderung des Mittelstandes“ machen mußten.

Diese Kampffaktionen waren zugleich mit politischen Forderungen verbunden. Sehr richtig erkannten die Werktätigen in Westdeutschland, daß steigende Preise und Abbau der sozialen Garantien auf die Anschaffung von Atomraketen, auf Remilitarisierung und Revanchismus zurückgehen. Der Kampf westdeutscher Städte und Dörfer gegen die Stationierung von Raketen in ihrer Nachbarschaft, gegen die Enteignung von Grund und Boden für militärische Zwecke, Mahnwachen gegen Atomwaffen – das alles ist ein Beweis für den Kampfeswillen vieler patriotischer Kreise, zu denen auch auf-

rechte christliche Persönlichkeiten wie Kirchenpräsident Niemöller und Professor Hagemann gehören. Mit Recht heißt es im Deutschlandplan des Volkes: „Die Situation entwickelt sich so gefährlich, daß kein Arbeiter es verantworten kann, die Hände in den Schoß zu legen und die Dinge auf sich zukommen zu lassen. ... Es gibt schon Bewegungen gegen die bedrohliche Entwicklung in Westdeutschland. Es führen Arbeiter Warnstreiks und Demonstrationen gegen die Verschlechterung der sozialen Einrichtungen durch. Es gibt auch Streiks um Lohn und Mitbestimmungsrecht in den Betrieben.“

Zu diesem Zeitpunkt versuchen das westdeutsche Finanzkapital und die Bonner Regierung, einen allgemeinen Lohnstopp durchzusetzen und darüber hinaus durch verstärkte Arbeitshetze das für die Rüstung direkt und indirekt notwendige Produktionsvolumen sicherzustellen. Am Rande sei bemerkt, daß die Exportüberschüsse und die daraus resultierenden Währungsreserven für Rüstungsimporte gerade dadurch möglich werden, daß der Lohnanteil im Vergleich zu anderen Ländern niedriger ist, so daß die Preise der Konkurrenten auf dem Weltmarkt unterboten werden können und Westdeutschland die Exportaufträge erhält.

Dieser Lohnstopp wird mit politischen und ökonomischen Argumenten gerechtfertigt. Zunächst werden – wie so oft – die noch vorhandenen antisozialistischen Ressentiments, die aus dem Faschismus als „unbewältigte Vergangenheit“ stammen, heraufbeschworen. Wörtlich erklärte Finanzminister Eitel am 11. Dezember 1959 vor den westdeutschen Fernsehzuschauern: „Was nützt der beste soziale Wohlstand, wenn die Kosaken kommen?“ Strauß erklärte im gleichen Monat: „Wer die Segnungen des Friedens und das Glück der Freiheit genießen will, muß bereit sein, dafür Opfer zu bringen.“ Diese ideologische Propaganda wird durch den politischen Klerikalismus nachhaltig unterstützt, so durch die „Warnungen“ vor dem „Angriff des atheistischen Kommunismus, der die Freiheit der Kirche bedroht“, und die offene Forderung nach einem „Kreuzzug“ für die „Befreiung der Kirche des Schweigens im kommunistischen Machtbereich“.

Aber nicht alle sollen in Westdeutschland für diese „freiheitlichen und christlichen“ Ziele Opfer bringen. Wirtschaftsminister Erhard erklärte am 11. Dezember 1959 (man beachte den Zeitpunkt aller dieser Erklärungen!) vor dem Bundestag: „Eine Gefahr droht nicht von den Preisen. Sie droht von der Maßlosigkeit ... besonders der Gewerkschaften mit ihren überhöhten Lohnforderungen.“ Es wird also wiederum das Märchen von der „Lohn-Preis-Spirale“ erzählt. Dazu wurde auch Bundesbankpräsident Blessing bemüht, der in seinem Gutachten über die Zusammenhänge zwischen der Steigerung des Geldumlaufs und den erheblichen Lohn- und Gehaltsfor-

derungen (sogenanntes Blessing-Gutachten) forderte, daß „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ maßhalten müssen, um die Kaufkraft der Westmark nicht noch mehr zu senken.

Wer tatsächlich „Maß hält“, beweisen die Tatsachen. Die Lohnquote (unter Berücksichtigung der gestiegenen Beschäftigtenzahl bereinigt) und die Lebenshaltungskosten entwickelten sich wie folgt:

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
Löhne	100	104	108	108	106	105	107	108	114	118
Lebenshaltungskosten	100	108	110	108	108	110	113	115	119	124

Quelle: Deutsche Finanzwirtschaft 19/60, S. G 174

Die Profite der Monopole vervielfachten sich in dieser Periode. Dividenden von 12 bis 16 Prozent stellen die Regel dar. Der Durchschnittskurs der Aktien stieg (1950 = 100) 1958 auf 300 und 1959 auf 500.

Es ergibt sich, daß trotz des harten Kampfes der Arbeiterklasse die Preise schneller als die Löhne steigen, während die Profite sich um das Mehrfache der Preissteigerungen erhöht haben. „Maßgehalten“ haben also die Arbeiter. Hinzu kam die zunehmende Arbeitshetze. Während die Löhne 1959 um 4 Prozent stiegen, wurde das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde um 8 Prozent heraufgetrieben. Die Überbeanspruchung der körperlichen und nervlichen Kräfte führte zur rapiden Zunahme der Erkrankungen, der Arbeitsunfälle und der Frühinvalidität.

Entscheidend jedoch ist, daß nicht die Löhne die Preise, sondern umgekehrt, die Preise die Lohnforderungen beeinflußt haben. Nicht die „Maßlosigkeit“ und „der Kult des Lebensstandards“ haben die Lebenshaltungskosten erhöht, sondern die Auswirkungen der atomaren Aufrüstung. Der Appell zum Lohnstopp ist nicht nur eine Kampfansage gegen die Lebenslage der Bevölkerung, sondern soll zugleich von den wahren Ursachen der Preissteigerungen ablenken.

Der Ausweg

Wir versuchten das System kennenzulernen, mit dem die Lasten der atomaren Aufrüstung auf die Bevölkerung abgewälzt werden und das mit Verschleierungen und demagogischen Phrasen verniedlicht wird. Als Ergebnis halten wir eine empfindliche Beeinträchtigung der Lebenslage breiter Volksschichten fest, wobei noch nicht alle Faktoren voll wirk-

sam geworden sind und in der Zukunft noch viele Gefahren lauern. Vielen Menschen in Westdeutschland sind in den letzten Monaten die Zusammenhänge zwischen der Gefahr eines atomaren Blitzkrieges und ihrem persönlichen Lebensstandard bewußt geworden. Der Ausweg aus dieser Situation besteht in der Beseitigung der Ursachen dieser Zusammenhänge: in der Entmachtung des westdeutschen Militarismus, der Wiederherstellung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten und damit der Aufhebung des klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaates. Das ist die dritte Alternative des Deutschlandplanes des Volkes. Sie würde bedeuten:

● Der Weg zur Einheit Deutschlands über einen nationalen Kompromiß ist frei.

● Damit rückt auch im Herzen Mitteleuropas die Möglichkeit einer allgemeinen und totalen Abrüstung näher. „Die Verwirklichung des Programms der allgemeinen und vollen Abrüstung würde die Möglichkeit bieten, kolossale Mittel für den Bau von Schulen, Krankenhäusern, Wohnhäusern und Straßen, für die Produktion von Lebensmitteln und Industrieartikeln zu verwenden. Die frei gewordenen Mittel würden es ermöglichen, die Steuern wesentlich zu reduzieren, die Preise zu senken. Das würde sich günstig auf den Lebensstandard der Bevölkerung auswirken.“ (Chruschtschow in einem Gespräch mit Pierre Cot)^{13),14)}

● Bereits jetzt ist es möglich, durch Einstellung der atomaren Aufrüstung im Sinne des Rapacki-Plans rund 60 Milliarden DM in den nächsten zwei bis drei Jahren einzusparen. Damit können für 35 Milliarden DM die noch fehlenden Wohnungen gebaut werden. Die Verschuldung der Länder und Gemeinden könnte um 11 Milliarden DM vermindert werden. 9 Milliarden DM könnten für den Bau der noch fehlenden 30 000 Klassenräume verwendet werden. Nicht zuletzt brauchte die „Krankenkassenreform“ nicht durchgeführt zu werden, da die jährlichen 1,6 Milliarden DM aus dem Rüstungsfonds zur Verfügung stehen.

Bereits heute können die Bürger in Westdeutschland am Vorbild der Deutschen Demokratischen Republik ablesen, welche Auswirkungen eine echte Friedenspolitik auf den Lebensstandard besitzt. So machen die Steuern der Bevölkerung und der privaten Betriebe nur 10 Prozent der Einnahmen im Staatshaushalt der DDR aus. Die Aufwendungen für Kultur, Volksbildung, Gesundheits- und Sozialwesen betragen 38 Prozent des gesamten Haushaltsvolumens. Der Staatshaushalt bilanziert nicht nur ohne einen Fehlbetrag, sondern

¹³⁾ „Presse der Sowjetunion“ Nr. 14/60, S. 302

¹⁴⁾ siehe zu diesem Problem auch Illing, „Abrüstung – der Weg zum Weltfrieden – Wunsch und Wille der Menschheit“, Hefte aus Burgscheidungen Nr. 39

verzeichnet jährlich Überschüsse. Das Außenhandels- und Valutamonopol beseitigt jegliche negativen Einflüsse des kapitalistischen Weltmarktes auf den Binnenmarkt der DDR und unseren Geldumlauf. Die Konsumgüter- und Dienstleistungspreise sind um 37 Prozent gesunken, wodurch sich die Kaufkraft der DM auf 154 Prozent erhöht hat. Das ist nur unter den Bedingungen eines Staates möglich, für den die Sicherung und Erhaltung des Friedens in der Welt und in Deutschland oberstes Gebot ist.

Quellennachweis

Neben den im Text genannten Quellen sind Angaben aus folgenden Unterlagen verwendet worden:

Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts, Berlin Nr. 19/59, Nr. 24/59, Nr. 8/60.

Tammer-Goede: Wo lebt man besser?
Verlag Die Wirtschaft, Berlin.

Deutsche Außenpolitik, Nr. 6/58 und 4/59.

Deutsche Finanzwirtschaft, Jahrgänge 1959 und 1960.

Bundesgesetzblatt Teil II, Bonn, Nr. 31/59 und 27/60.

- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO – die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- *21 Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik – Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR – zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- *25 Prof. Dr. Rudolf Řičan: Josef L. Hromádka – Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika – Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- *29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- *30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- *31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in den beiden deutschen Staaten
- *32 Dr. Gerhard Desczyk: Der Friedensauftrag der Katholiken
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- *34 Johannes Zukertort: Der deutsche Militarismus und die Legende vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion

- *35,36 Luitpold Steidle: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“
- *37 Gerhard Krüger: Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands
- *38 Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Heinz Büttner, Erwin Krubke: Friedensvertrag mit Deutschland
- *39 Gertrud Illing: Abrüstung — der Weg zum Weltfrieden — Wunsch und Wille der Menschheit
- 40 Wolfgang Heyl, Victor Thiel, Erwin Krubke, Rolf Börner: Es gibt keinen dritten Weg
- 41 Otto Nuschke — Sein Vermächtnis an die christlichen Demokraten
- 42 Rolf Börner: Der Christ und die sozialistische Moral
- 43 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Ostsee — Meer des Friedens
- 44 Prof. Dr. theol. Gerhard Kehnscherper: Max Plancks Forderung an Theologie und Kirche
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- 46 Dr. Heinrich Toeplitz: Recht und Justiz in beiden deutschen Staaten
- 47 Gerald Götting: Einig im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus

Die mit * gekennzeichneten Titel sind bei der Parteilung vergriffen.

Verkaufspreis 0,50 DM